

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1902

49 (19.2.1902) Badischer Landtag. Sitzungsbericht aus der Zweiten
Kammer. 38. öffentliche Sitzung

Badischer Landtag.

Sitzungsbericht aus der Zweiten Kammer.

38. öffentliche Sitzung

am Montag den 17. Februar 1902.

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Staatsrath Frhr. v. Dusch, Ministerialdirektor Geh. Rath Hübsch, Ministerialrath Dr. Reichardt.

Präsident Gönner eröffnet um 4¹/₄ Uhr die Sitzung.

Der Sekretär verliest neue Echläufe.

Abg. Gießler als Präsident der Budgetkommission, da der Berichterstatter, Abg. Dr. Heimburger, vorläufig am Erscheinen verhindert ist, berichtet namens dieser Kommission über das Budget des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für die Jahre 1902 und 1903, Titel VIII der Ausgaben und Titel II der Einnahmen (Strafanstalten).

Die Kommission hat den ordentlichen Etat geprüft, zu Anfragen an die Regierung oder Einwendungen gegen die einzelnen Posten, wie auch zu weiteren Bemerkungen keinen Anlaß gefunden und kommt daher, indem sie auf die dem Budget beigegebenen Erläuterungen und Beantwortungen verweist, zu dem Antrag:

Die Kammer wolle die Ausgaben unter Titel VIII
für das Jahr 1902 mit 1455 029 M.,
„ „ „ 1903 „ 1468 787 „
zusammen 2 923 816 M.,
die Einnahmen unter Titel II
für das Jahr 1902 mit 976 590 M.,
„ „ „ 1903 „ 976 590 „
zusammen 1 953 180 M.

genehmigen.

Ueber den außerordentlichen Etat behält sich die Kommission die Berichterstattung für einen späteren Zeitpunkt vor, da infolge der Einwendungen, welche die Mannheimer Stadtverwaltung gegen die Erbauung eines neuen Landesgefängnisses auf der Herzogenriedwiese erhoben hat, die Prüfung der örtlichen Verhältnisse an Ort und Stelle durch die Kommission in Aussicht genommen ist.

Präsident Gönner macht einige geschäftliche Mitteilungen über die Behandlung einiger Petitionen, über die im Plenum nach Antrag der Kommission nicht verhandelt werden soll, wogegen nichts eingewendet wird.

Abg. Frühauß bringt die Verhältnisse des Karlsruher Untersuchungsgefängnisses zur Sprache, das auf 40 bis 50 Personen berechnet sei, thatsächlich aber wegen Ueberfüllung mit Untersuchungsgefangenen oft 80 Personen beherberge. Im neuen Gefängniß im Hardtwald dagegen ständen oft eine Reihe von Zellen leer. Hier müsse Abhilfe geschaffen werden entweder durch Vergrößerung der Lokalitäten oder dadurch, daß die Untersuchungsrichter im neuen Oberlandesgerichtsgebäude ihre Bureaux bekommen. Redner weist auf das Steigen des Prozentsatzes der rückfälligen Strafgefangenen (nach der Kriminalstatistik) hin. Es wirke verheerend und forrumpirend auf die Strafgefangenen, wenn nicht individualisirt werde, wenn Untersuchungsgefangene, die unschuldig oder wegen einer geringfügigen Uebertretung inhaftirt seien, oft mit allerlei Gesindel zusammengelegt würden, was insbesondere auf jugendliche Gefangene den verderblichsten Einfluß haben könne.

Ministerialrath Dr. Reichardt: Wenn der Abg. Frühauß erklärt habe, daß im Strafvollzugswesen große Mißstände herrschen, so könne er das in diesem Umfange für das badische Strafvollzugswesen nicht zugeben. Daß Mißstände sich ergeben, wird auch bei uns nicht ausgeschlossen sein; sie ergeben sich namentlich in der Richtung, daß nicht überall den aufgetretenen Bedürfnissen nach Raumerweiterung nachgekommen werden kann, weil nicht die nöthigen Geldmittel zur Verfügung stehen. Die Regierung ist aber bestrebt, diesen Mißständen immer mehr abzuwehren, wie ja gerade die dem Hohen Hause vorliegende bedeutende Anforderung für den Neubau eines Landesgefängnisses in Mannheim dem dort bestehenden dringenden Bedürfniß nach mehr Raum entgegenkommen soll.

Die Bemerkungen des Abg. Frühauß über die Räumlichkeiten des Karlsruher Untersuchungsgefängnisses berühren nicht den heute auf der Tagesordnung stehenden Etat der Centralstrafanstalten, und ich bin des-

te rung
emeinheit
as vierte
geberische

da sie

88 gegen

an unter-
on sechs
Francs
zwei bis
tiffon
stimmung
ng ser.

umer, die
Zahre zu
Partei-
statische
sei mu-
nichte zu
ung auf-
ge Man-
konfer-
schluß als
kürzen.
ge keine
nd repu-
ne eine
te tiefer
Regimes
l werde.
tag, der
och dem
r sicher,

es Ver-
Zahre
re. Im
899 auf
brachte
derem,
en auf
e Zahl
re nur

Die-
legten
isch e
erland
ag im
zu be-
rungs-
hat,
ndische
pruzte
Sta a -
b etwa
Unter
der
auf
ngung
der
s die-
we für
ungs-

13.

a I I s
a I s
fende
gitel-
Das
orlich
anti-
zuad
e in
des
ngs-
men
Di-
des
urde
mit.

wegen auch heute nicht in der Lage, ganz genaue Zahlen über die jeweilige Besetzung dieses Gefängnisses zu geben, kann aber jовiel erklären, daß die vom Abg. Fröhlich genannten Zahlen nicht durchaus zutreffend sind. Das Karlsruher Amtsgefängnis I, das als Untersuchungsgefängnis dient, ist eingerichtet auf die Belegung mit 70 Personen. Diese Zahl wird bisweilen überschritten, aber es finden auch fortgesetzt Evacuierungen nach dem großen Amtsgefängnis II an der Stabelfstraße statt. Wir haben die Gefängnisaufsichtsbehörde angewiesen, fortgesetzt darauf Acht zu haben, daß eine Ueberfüllung des Amtsgefängnisses I mit Untersuchungsgefangenen vermieden wird. Vielfach läßt sich aber eine Ueberweisung von Untersuchungsgefangenen nach dem Amtsgefängnis II nicht in dem gewünschten Maße im Interesse der Rechtspflege durchführen. Untersuchungsgefangene müssen in eiligen Sachen rasch dem Staatsanwalt oder Untersuchungsrichter vorgeführt werden können, was bei einer Unterbringung im Gefängnis an der Stabelfstraße unmöglich ist. Die Regierung wird aber neuerdings darauf hinwirken, daß thunlichst eine Entlastung des Amtsgefängnisses I eintritt.

Das aber kann ich versichern, daß, wenn auch Untersuchungsgefangene wegen der beschränkten Räumlichkeiten zusammengelegt werden müssen, dies nicht bei jugendlichen Gefangenen geschieht, die durch den Verkehr mit andern Sträflingen korrumpirt werden könnten. In dieser Richtung, die ich ebenfalls für sehr bedeutungsvoll halte, geschieht alles, was geschehen kann, um die Einzelhaft

durchzuführen. Es sind auch dem Ministerium hierüber bis jetzt keine Klagen zugetommen. Was den Hinzutritt des Herrn Abg. Fröhlich auf die Zunahme der Rückfälligen in den Gefängnissen anlangt, so ist keine Frage, daß beim Strafvollzug das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden muß, daß die Zahl der Rückfälligen nicht zunimmt, sondern abnimmt. Wenn nun auf der einen Seite darauf hingewirkt wird, daß der Strafvollzug möglichst human gestaltet werde, so muß auf der andern Seite bei der erforderlichen Individualisierung des Strafvollzugs als Prinzip gelten, daß erstmals bestrafte Gefangene zwar möglichst human mit allen zulässigen Erleichterungen behandelt werden, mehrmals bestrafte aber mit einer solchen Strenge, daß sie sich nach dem Aufenthalt in der Strafanstalt nicht zurückkehren.

Der inzwischen erschienene Berichterstatter, Abg. Dr. Heimbürger, verzichtet auf das Schlußwort.

Hierauf wird in die Spezialberatung eingetreten.

Zu § 1 (Gehalte) weist der Berichterstatter auf die geringe Personalvermehrung hin, die im Budget vorgeesehen sei. Dieselbe sei im Budget von der Großh. Regierung wohl begründet. Die Mehrforderung werde von der Kommission gebilligt.

Die sämtlichen Positionen werden genehmigt.

Schluß der Sitzung 3/5 Uhr.